

Einladung zur Pressekonferenz

(Anmeldung erforderlich, s.u.)

EU-Kommission muss Kammerzwang in Deutschland prüfen.

Der bffk stellt die Beschwerde ausgewählter Mitglieder gegen den Kammerzwang in Deutschland vor.

Brückenschlag der Kammerkritiker zwischen Österreich und Deutschland gelungen!

Auswirkungen auch auf laufende Verwaltungsgerichtsverfahren in Deutschland.

Thema der Pressekonferenz:

Vorstellung der EU-Beschwerde gegen den Kammerzwang. Seit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts wird hier erstmals seit 2001 das Thema des Kammerzwanges von einem hochrangigen Verwaltungsjuristen qualifiziert angegriffen. Prof. Dr. iur. Bernhard Kempen hat schlüssig die Verstöße gegen EU-Richtlinien im Hinblick auf die Niederlassungsfreiheit, die Dienstleistungsfreiheit, die Dienstleistungsrichtlinie und insbesondere die schwerwiegende Verstöße gegen das Demokratieprinzip herausgearbeitet.

Die Erkenntnisse dieser Arbeit stellen das System der Zwangskammer in Deutschland schlüssig und grundsätzlich in Frage. Sie werden in Zukunft auch Auswirkungen auf laufenden Verfahren gegen den Kammerzwang vor deutschen Verwaltungsgerichten haben.

Teilnehmer:

- Prof. Dr. Bernhard Kempen (Uni Köln / Präsident des Deutschen Hochschulverbandes)
- Dr. Nina Scheer (unternehmensgrün/Berlin)
- Irene Roth (TechniGruppe/Daun, Geschäftsführung)
- Frank Lasinski (bfff-Vorsitzender/Berlin)
- Kai Boeddinghaus (bfff-Geschäftsführer/Kassel)

Ort und Zeit:

25. 10. 2010 um 11:00 Uhr
Deutsche Parlamentarische Gesellschaft e.V.
- Reichstagspräsidentenpalais -
Friedrich – Ebert – Platz 2
10117 Berlin

Anmeldung: Anmeldung unbedingt erforderlich mit Name, Vorname, Medium an bfff@bfff.de

Kassel, 20. 10. 2010

Ihr Ansprechpartner: Herr Kai Boeddinghaus, Bundesgeschäftsführer